

Kurzfassung

Die Lebensphase nach Abschluss des Berufslebens bzw. der familiären Erziehungsaufgaben umfasst für eine wachsende Zahl von älteren Menschen heute 30 bis 40 Jahre: Eine lange Zeitspanne mit zahlreichen, unterschiedlichsten Herausforderungen und Gestaltungsaufgaben. Trotz dieser Vielfalt wurde mit dem vorliegenden Bericht der Versuch gewagt, eine übersichtliche Gesamtschau der wichtigsten Informationen und Eckpunkte für die zukunftsweisende kommunale Seniorenpolitik in Karlsruhe zu erstellen.

Für den schnellen Leser sind im Folgenden die zentralen Aussagen und Empfehlungen dieses Berichtes zusammengefasst:

A Anliegen

Die gesellschaftliche Auseinandersetzung um einen konstruktiven, zukunftsweisen Umgang mit dem Älterwerden und dem Alter verändert und entwickelt sich deutlich weiter. Die Diskussionsinhalte auf der persönlichen, aber auch auf der Gestaltungsebene der Institutionen bis hin zur Politikebene, gewinnen einen neuen qualitativen Inhalt. Dass ältere, alte Menschen in Zukunft absolut und relativ eine wachsende Bevölkerungsgruppe sind, ist mittlerweile allbekanntes Faktum. Dass diese deutliche Veränderung auch entsprechende Anpassungsherausforderungen mit sich bringen wird für das gesamte Gesellschaftssystem, nicht nur für den sozialen Bereich, ist auch logisch ableitbar. Aktuell verstärken sich nun die Suche und Diskussion um Lösungsstrategien für die anstehenden Herausforderungen.

Der vorliegende Bericht klinkt sich hier ein und möchte auf drei Ebenen wirksam sein. Er will:

- einen breiten Verständigungsprozess über die generellen Verankerungen und Leitziele einer zukunftsweisenden Seniorenarbeit insgesamt und der kommunalen Seniorenpolitik mit anregen – als Basis für die konkreten Weiterentwicklungen in den vielfältigen Gestaltungsfeldern, getragen von den zahlreichen Gestaltungspartnern,
- einen Überblick geben über die bestehenden öffentlichen Unterstützungsstrukturen mit ihren anstehenden Themen und Entwicklungstrends sowie
- daraus abgeleitet den aktuell zu klärenden notwendigen Einsatz von 1,5 Personalstellen im Seniorenbüro begründen, damit die Absicherung und Qualifizierung des städtischen Einsatzes zur Förderung des sozialen Miteinanders und der Prävention in den so genannten fitten Altersjahren gewährleistet werden kann.

Über die aktuelle Dringlichkeit einer kommunalen Seniorenpolitik und damit auch einem kommunalen Personal- und Finanzeinsatz kann man eventuell unterschiedlicher Auffassung sein. Will man jedoch den gesetzlich verankerten Verpflichtungen der Kommune für die allgemeine Daseinsvorsorge für die Bürgerschaft, die Mitwirkung im Rahmen des SGB XI und für die finanzielle, aber auch soziale Absicherung nach SGB XII nachkommen - und dies in einer nachhaltigen, effektiven und wirt-

schaftlichen Weise -, ist eine zukunftsorientierte, kommunale Seniorenpolitik angezeigt. Angesichts der wachsenden Zahl von Hochbetagten in den nächsten zwei Jahrzehnten sind heute schon alle Chancen für den Aufbau von präventiv wirkenden Strukturen zu nutzen. Das Risiko von Hilfe- und Pflegebedürftigkeit abzumildern, ist nicht nur im Grundinteresse der älteren Generation, sondern macht sich auch durch eine reduzierte Quote der SGB XII-Leistungen, insbesondere der stationären Hilfe zur Pflege, „bezahlt“. Allein wenn für nur 2 % der heutigen Hilfebezieher der stationären Hilfe nach SGB XII: 20 Personen eine Heimunterbringung um ein Jahr hinausgezögert werden kann, ist das „Einsparpotenzial“ der SGB-XII-Leistungen bereits mit 208.000 Euro für dieses Jahr einzukalkulieren. Angesichts dem zu befürchtenden Belastungsanstieg der zukünftigen Altengeneration lohnt sich das gezielte Gegensteuern auf jeden Fall. Es gilt, Erfolg versprechende Ideen, Modelle und konkrete Projekte zur Förderung der gesundheitlichen Stabilität, der sozialen alltagsunterstützenden privaten Einbindung und der originären Selbsthilfe zu stärken und zu verbreitern.

B Generelle Leitziele und Grundprinzipien

Im Fokus der traditionellen Seniorenarbeit und Altenhilfe stand schwerpunktmäßig die Fürsorge für hilfe- und pflegebedürftige, meist hochbetagte alte Menschen. Dieses Leitbild ist auch zukünftig eine zentrale Ausrichtung. Es treten jedoch die Leitbilder der Unterstützung der eigenen frühzeitigen Vorsorge und der Eigensorge bzw. Eigengestaltung als gleichwertige Grundprinzipien hinzu:

Ausgehend von einer **neuen, differenzierten und konstruktiven Sichtweise** des Alters und des Alterns gilt es, die Eigenverantwortung und die vielfältigen Gestaltungsmöglichkeiten für die **finanzielle, gesundheitliche und soziale Vorsorge des Einzelnen einschließlich seiner privaten sozialen Netze** für die qualitätsvolle Lebensgestaltung im Alter anzuerkennen und stringent in Sprache, Haltung und Ausgestaltung von Unterstützung zu fördern. Auch ältere Menschen sind gefordert, sich mit den Veränderungen ihrer Lebenswelt auseinanderzusetzen, **ständig Neues zu lernen** und neue Bewältigungsstrategien für ihren Lebensalltag nutzbringend zu entwickeln und zu integrieren. Der verstärkte, **gezielte Blick auf die gegebenen Potenziale** auch im Alter für sich selbst und in Bezug auf die ältere Gruppe insgesamt macht hierzu Mut. Die ältere Generation bringt sich heute schon im familiären, nachbarschaftlichen und ehrenamtlichen Bereich hilfreich ein. **Ihre Einsätze und Potenziale für das generationsübergreifende, alltagsunterstützende soziale Miteinander** und damit die soziale Stabilität unserer Gesellschaft sind jedoch deutlicher zu würdigen und zu stärken. Es lohnt sich, die **fördernden Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche Engagement gerade auch durch Ältere für Ältere** gezielt und flächendeckend auf breiter Basis auszubauen.

Diese Leitziele der Stärkung des eigenen Handelns der älteren Menschen mögen auf den ersten Blick selbstverständlich erscheinen. Ihre breite, nachhaltige Umsetzung in konkrete Handlungsfelder hat jedoch nicht zu unterschätzende, weitreichende Konsequenzen für die Aufgabenschwerpunkte, die Arbeitsweisen und den Ressourceneinsatz aller Beteiligten, z. B.:

- Die „**jüngeren**“ **Karlsruher Bürgerinnen und Bürger**, die frühzeitig aktiv ihr Altern selbst konstruktiv in Gemeinschaft gestalten wollen, **rücken als explizite**

wichtige Zielgruppe der kommunalen Seniorenpolitik in den Vordergrund. Das bedeutet, dass der bisherige Bereich der so genannten offenen Seniorenarbeit mit diesen neuen Leitzielen auch eine ganz neue Dimension und einen neuen zentralen zukunftsweisenden Stellenwert gewinnt. Neue Arten von Angeboten sind aufzubauen, z. B. für die Gesundheitsvorsorge, Bildungsangebote für alltagsunterstützende Kompetenzförderung und generationsübergreifende gemeinschaftliche Aktivitäten. Neues gemeinschaftliches Wohnen wird zum zentralen Diskussionsthema.

- Aber auch die **Art und Weise des Miteinanders mit den „Betroffenen“ verändert sich.** Die ältere Generation selbst und ihre Familien werden zu den zentralen Gestaltungspartnern für Lösungskonzepte. Entsprechende Formen ihrer Beteiligung, ihrer Mitsprache, ihrer Mitgestaltung in der konkreten Hilfebeziehung, aber auch in dem Aufbau von Angeboten und Unterstützungsstrukturen sind zu etablieren. Partizipation und Zusammenarbeit benötigen entsprechende Anlässe, Formen und Rahmenbedingungen, die gezielt zu gestalten sind.
- In diesem Zusammenwirken gilt es, die **Vielfalt der Lebensstile, Interessen und Potenziale der älteren Menschen zu respektieren** und hinsichtlich auch ihrer zukünftigen Veränderungen detailliert im Blick zu behalten und in Unterstützungskonzepte umzusetzen. Um die persönlichen sozialen Netze zu fördern, rücken **stadtteilbezogene Strukturentwicklungen** für die ältere Generation in den Vordergrund.
- **Im Sinne des wirtschaftlichen Handelns sind alle Ressourcen für ein effizientes, gemeinsames Handeln zu entdecken.** Die grundsätzlichen Gestaltungsprinzipien der verstärkten Vernetzung und der gemeinsamen Abstimmung für eine effektive, effiziente Kooperation sollten nicht nur für die persönliche Handlungsebene gelten, sondern spiegelbildlich genauso für das Zusammenwirken der vielfältigen Partner auf der Träger- und Dienstebene einschließlich der kommunalen Engagementebene wirksam sein. Neue Ideen und Anregungen sind gemeinsam zu nutzen, Übergänge zwischen verschiedenen Unterstützungsarten sind optimal zu gestalten.

Die verschiedenen Handlungspartner sind dafür zu gewinnen, sich mit ihren Handlungskompetenzen und Aktivitäten für diese Ziele kreativ einzubringen.

Die zukunftsweisenden Leitziele werden auch die Arbeitsfunktionen der Kommune im engen Sinn mit ihren politischen Gremien und der Stadtverwaltung beeinflussen:

- Das Thema „ältere Bürgerinnen und Bürger in Karlsruhe“ betrifft nicht nur die nach dem Sozialgesetzbuch federführende Sozial- und Jugendbehörde, sondern ist eine Querschnittsaufgabe für die gesamte Stadtverwaltung im Sinne der „altersgerechten Ausgestaltung“ der allgemeinen Leistungen der Stadtverwaltung.
- Die städtischen Finanzausschüsse sind zur Förderung dieser Leitziele gezielt und bedarfsgerecht einzusetzen.
- Der Arbeitseinsatz der kommunalen Struktur-/Sozialplanung für die ältere Generation weitet sich um differenzierte Informations-, Vernetzungs- und Moderationsfunktionen aus.

- Die Unterstützungsformen der Bürgerbeteiligung, z. B. durch die Förderung von Seniorenforen in den Stadtteilen oder durch Unterstützung des Stadtseniorenrates, spielen dabei eine wichtige Rolle.
- Die Sozialleistung der Information und Beratung der älteren Bevölkerung sind auf die Leitziele der Stärkung der Eigengestaltung in vielfältiger Form auszurichten.
- Aufbauend auf diesen strukturellen Impulsen zur Förderung der Eigenvorsorge und Eigengestaltung neben der Fürsorge richtet sich auch die finanzielle Unterstützung nach SGB XII an diesen Aktivierungsleitzielen aus.

C Eckpunkte der Weiterentwicklung bestehender Strukturen

Vielfältige Initiativen, Dienste, Einrichtungen und Institutionen setzen sich mit großem Engagement für ein breites Spektrum an Unterstützungsangeboten für die ältere Bürgerschaft in Karlsruhe ein. In Kapitel C werden die Gestaltungsfelder, angefangen von der offenen Seniorenarbeit bis hin zur stationären Versorgung sowie die zielgruppenspezifischen Ansätze mit ihren Zielen und bestehenden Angeboten skizziert. Ihre anstehenden Weiterentwicklungsthemen werden in Kurzthesen aufgelistet. Damit bietet dieser Berichtsabschnitt die Einstiegsinformationen für die gemeinsame Diskussion um weitere konkrete Strukturentwicklungen in den einzelnen Bereichen.

Offene Seniorenarbeit

Rüstige ältere Menschen finden heute eine breite Palette von Angeboten der Begegnung, der Bildung und Kultur sowie Veranstaltungen speziell für Ältere. Viele der Altenbegegnungsstätten und Altenclubs blicken auf eine jahrzehntelange Tradition zurück. Der bisherige Zielfokus lag allerdings vorwiegend auf dem „Tun und Anbieten für andere, die diese Angebote konsumieren“. Diese Grundhaltung kann und sollte sich für die „fitten Altersjahrgänge“ verändern.

Mittlerweile entstehen neue themenbezogene, auch generationsübergreifende Aktivitätsangebote in ehrenamtlichen, freiwilligen Einsatzprojekten mit unterschiedlicher Ausrichtung. Auch die Sportangebote verbreitern sich zunehmend und greifen neue Ansätze auf. Gemeinsam gestaltete Bildungsprojekte nehmen zu. Diese Ansätze sind auf breiter Basis weiter auszubauen.

Zwei wesentliche Ansätze können hierfür als erfolgsförderlich angesehen werden:

- Die Grundhaltung der Eigen-/Mitgestaltung sollte generell verstärkt werden, indem konkrete Partizipationsmöglichkeiten für die ältere Generation ausgebaut und fachlich unterstützt werden.
- Die vielfältigen Aktivitäten, Projekte, Gruppierungen sollten sich stärker vernetzen, gemeinsam und transparent gelingt es eher, die Bürgerschaft zum Mit-Tun anzuregen.
- In der Entwicklung von generationsübergreifenden „Bürgerbegegnungszentren/Bürgeraktionszentren“, wie sie als Leitzielprojekte im Masterplan Karlsruhe 2015 beschrieben werden, liegen zentrale Chancen für die zukunftsweisende

Förderung und Unterstützung der älteren Generation. Die Bürgeraktionszentren geben den organisatorischen Konzeptionsrahmen, in dem Eigenaktivität, Miteinander und Füreinander einen transparenten, für alle zugänglichen Kristallisationsort finden. Das kommunale Engagement für dieses Leitzielprojekt wird sich vielfältig für Jung und insbesondere Alt lohnen.

Unterstützung selbständiger Lebensführung hilfe- und pflegebedürftiger zu Hause

Der Grundsatz „ambulant vor stationär“ kann bei näherer Analyse konsequenter verfolgt werden. Das bestehende Netz an ambulanten Diensten ist stärker auf die rehabilitativen, aktivierenden Zielsetzungen auszurichten. Nicht nur professionelle Dienste sind erforderlich. Zukunftsweisend sind insbesondere die sozialen, privaten und halbprivaten Unterstützungsnetze für ein konkret alltagsunterstützendes Miteinander gerade bei der Haushaltsführung und den lebensalltäglichen Herausforderungen gezielt zu fördern und auszubauen. In den Bürgeraktionszentren können auch niederschwellige Dienstleistungsprojekte für diesen Zielbereich verankert werden.

Trotz mancher gegenläufiger Trendaussagen ist die Familie die tragende Säule für die häusliche Selbständigkeit bei Hilfe- und Pflegebedürftigkeit heute und auch morgen. Diese Position ist zu unterstützen mit einer entsprechenden Würdigung des Einsatzes und der Interessen der Angehörigen – sei es in der Umgangsart mit ihnen oder sei es mit gezielten Begleitungsangeboten.

Im guten Zusammenspiel der Eigenhilfe, der familiären, der nachbarschaftlichen, der freiwilligen bürgerschaftlichen und der institutionellen Hilfe liegen wesentliche Energiepotenziale für die häusliche Selbständigkeit.

Unterstützung altersgerechtes Wohnen

Dieser Gestaltungsbereich ist ein aktuell breit diskutiertes Thema und viele Ansätze haben sich bereits entwickelt – angefangen von der Wohnungsberatung bis hin zu zahlreichen speziellen Wohnanlagen mit Service. Neben der Zielsetzung der möglichst barrierefreien Gestaltung der Wohnung rückt jedoch die Suche nach fördernden Impulsen und Rahmenbedingungen für das verstärkte konkret alltagsunterstützende Miteinander und Füreinander in den Vordergrund.

Mit der Wohnungswirtschaft ist zu erörtern, wie diese Zielausrichtung im Wohnungsbestand umgesetzt werden kann. Modellhaft wirkende neue gemeinschaftliche Wohnprojekte werden breit diskutiert.

Auch das Konzept des so genannten „Betreuten Wohnens“ ist vor allem qualitativ weiter zu entwickeln im Sinne dieser gemeinsamen nachbarschaftlichen Alltagsunterstützung der Hausbewohner selbst. Hier gilt es auch, die Herausforderungen für die Unterstützung von an Demenz erkrankten Bewohnerinnen und Bewohnern integrativ anzugehen.

Die kommunale Unterstützung des Ausbaus von neuen Wohnanlagen für Senioren erscheint nur noch für Projekte erforderlich, die stadtteilbezogen und im Blick auf niedrige Einkommensmöglichkeiten bedarfsgerecht konzipiert sind.

Stationäre Pflege

Das stationäre Pflegeangebot, das bereits seit langem zahlreiche Pflegeheime mit einem großen Platzangebot von aktuell 3.144 Plätzen umfasst, wird mit 8 neuen Bauprojekten in den nächsten fünf Jahren um weitere 312 zusätzliche Plätze ausgebaut. Der quantitative Gesamtbedarf an Plätzen dürfte damit vorerst gedeckt sein.

Vorrangig erscheinen die qualitativen Weiterentwicklungen in Richtung individueller Wohnorientierung und Gruppenpflege, der spezifischen Förderung der Lebensqualität Demenzerkrankter in den Heimen und der persönlichen Begleitung von auf Dauer bettlägerigen Personen sowie von Sterbenden.

Auch in diesen Institutionen sind die Chancen für die Leitziele der Kompetenzsicht, der aktiven Mitgestaltung der alten Menschen und der Angehörigen sowie des sozialen Miteinanders mit der Bürgerschaft – und sei es auch nur in kleinen Gesten und einzelnen Aktionen – gezielt zu nutzen – auch wenn dies gerade bei hoher Pflegebedürftigkeit noch als ungewohnte Sicht erscheinen mag.

Berücksichtigung spezieller Zielgruppen der Demenzerkrankten, der älteren mit Migrationshintergrund, der Menschen mit lebenslanger Behinderung und der Menschen in ihrer Sterbephase

Die Fragen im Blick auf diese speziellen Zielgruppen, ob und in welchen Formen spezielle Unterstützungsbedürfnisse abgedeckt werden können, gewinnen immer stärker an Bedeutung:

- Für Demenzkranke und ihre Familien gibt es bereits zahlreiche Dienste, die sich auf die speziellen Bedürfnisse ausrichten, die jedoch relativ isoliert nebeneinander tätig sind. Auf der Grundlage einer gemeinsam zu erarbeitenden Weiterentwicklungsstrategie könnte eine stärkere Vernetzung der Dienste wertvolle Optimierungsimpulse bewirken. Auch die Verbesserung von ganz konkreten alltagsunterstützenden Informationen und die psychosoziale Unterstützung für Angehörige und die sozialen Netzwerke sind wichtige Ausbauthemen für diese Zielgruppe.
- Ältere Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund sind in ihrer Zahl noch relativ gering und suchen aktuell nur vereinzelt Unterstützung durch das bestehende professionelle Altenhilfenetz. Erst spezielle Begleitungsangebote entwickeln sich für ausgewählte Gruppen. Längerfristig wird für diesen Personenkreis das Informationsangebot und die kultursensible Altenunterstützung zusammen mit den Vereinen und Gruppierungen sukzessive zu verstärken sein.
- In den nächsten Jahren wird auch die Frage nach bedarfsgerechten Unterstützungsformen von alt werdenden Menschen mit lebenslanger Behinderung an Bedeutung gewinnen. Um diese Herausforderung anzugehen, werden erste Ko-

operationsschritte zwischen dem System der Altenhilfe und der Behindertenhilfe eingeleitet.

- Das Thema „Sterben, Tod und Trauer“ gehört zum Leben und erfordert die Auseinandersetzung, wie Sterbende und ihre Familien in dieser Lebensphase durch Informationen, persönliche Begleitung, therapeutische Unterstützung und einfach auch Respekt und Würdigung unterstützt werden können.

Information und Beratung

Das gegliederte System von kommunalen und freien Informations- und Beratungsdienstleistungen bietet eine aktuelle Marktübersicht über alle Angebote, eine persönliche Gesprächs- und Entscheidungshilfe in schwierigen Umstellungsprozessen, die fachspezifische Pflegeberatung sowie Auskünfte und Unterstützung bei speziellen Fragestellungen. Mit einer kooperativen verstärkten Zusammenarbeit kann der Nutzen dieser Vielfalt von Dienstleistungen für die ältere Bevölkerung noch erhöht werden.

Informationen und Beratung sollten sich nicht nur auf die Beschreibung der Angebotspalette begrenzen, sondern an der Entwicklung konstruktiver Bilder des Alters und des Alterns entsprechend ihrer zentralen Funktionen und Gesprächskompetenzen mitwirken.

Kommunale Beratungskräfte haben zentrale Steuerungsfunktionen bei der „Fallsteuerung“ nach dem Grundsatz „ambulant vor stationär“.

Die Zielsetzung „ambulant vor stationär“ wird auch für Leistungsberechtigte nach SGB XII im Rahmen der deutlich verstärkten persönlichen Beratung und Begleitung von der Sachbearbeitung im Sozialamt verfolgt. Diese „Fallsteuerung“ wird im Sinne der älteren Menschen und ihrer Familie sowie auch im Sinne der wirtschaftlichen Leistungsgewährung als expliziter Arbeitsauftrag ernst genommen.

Aktuelle Prioritätensetzung

Aus der Gesamtübersicht dieser zehn Gestaltungsfelder kristallisieren sich drei Bereiche heraus, für die die vertiefte Bearbeitung von Seiten der kommunalen Seniorenpolitik und Sozialplanung aktuell ansteht:

- Der Umbau der offenen Seniorenarbeit hat mit seinen aktuellen Problembeschreibungen und insbesondere seiner zentralen präventiven Wirkungschancen erste Priorität.
- Mit zweiter Priorität ist ein gemeinsam zu entwickelndes Arbeits- und Weiterentwicklungskonzept zur Unterstützung Demenzerkrankter und ihrer Familien relevant.
- Auch die Entwicklung von erfolgreichen Impulsen für das verstärkte soziale Miteinander als Teil des altersgerechten Wohnens ist weiter zu verfolgen.

D Personelle Verstärkung des Seniorenbüros

Um den wichtigen und notwendigen Umbau der offenen Seniorenarbeit mit erster Priorität voranzutreiben, braucht es den fachlichen Einsatz einer speziellen Vollzeitkraft, eingesetzt in Zusammenarbeit mit der sozialen Planungstätigkeit im Seniorenbüro. Ihre Arbeitsschwerpunkte umfassen die komplexen Förderziele: Initiierung und Begleitung neuer Aktivitätsfelder, Initiierung und Vernetzung des bürgerschaftlichen Engagements von und für Ältere, Ausbau der konkreten Partizipationsformen sowie insbesondere als zentrales Ziel die Entwicklung der Bürgeraktionszentren. Ohne diese personelle Verstärkung einer sozialpädagogischen Fachkraft können die beschriebenen Eckpunkte im Vorfeld von Hilfe- und Pflegebedürftigkeit, wie sie in diesem Bericht ausführlich geschildert wurden, nicht verfolgt werden. Längerfristig dürfte sich jedoch dieser personelle zusätzliche Aufwand mit seiner präventiven Wirkung für die Stadt „lohnen“.

Ergänzend steht mit dem Weggang einer Vollzeitkraft in den Vorruhestand der Frage der Wiederbesetzung im Seniorenbüro an. Für die Beratung älterer Menschen, die praktische Unterstützung von bestehenden Gruppen und die Organisation von städtischen traditionellen Kulturveranstaltungen für Ältere wird die „Wiederbesetzung“ der Stelle mit einer Halbtagskraft als erforderlich beurteilt.

Es wird um zustimmende Kenntnisnahme und Empfehlung dieses Bedarfs an 1,5 Personalstellen im Seniorenbüro zur Förderung der zukunftsweisenden offenen Seniorenarbeit gebeten.